

Feminisierung der politischen Macht : Alibiübung oder Qualitätssprung?

Autor(en): **Stämpfli, Regula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **71 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Feminisierung der politischen Macht

Alibiübung oder Qualitätssprung?

Bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen von 1991 waren 51 Prozent der Wahlberechtigten Frauen. Unter den Wählenden 1991 betrug ihr Anteil 42 Prozent. Von den Kandidaturen für die Volksvertretung waren 33 Prozent weiblich. In den Nationalrat gewählt wurden indessen bloss 17,5 Prozent. Während bei den letzten Nationalratswahlen jeder zehnte männliche Kandidat eine gute Chance

Regula Stämpfli

hatte, bei der Wahl erfolgreich zu sein, konnte nur jede 24. Frau mit derselben Chance rechnen.¹

Die Hindernisse und die möglichen Gleichstellungsinstrumente für Frauen in der Politik sind in der politikwissenschaftlichen Diskussion bekannt und können an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden. Wichtig ist lediglich folgende Erkenntnis: Die Gleichstellungsinstrumente für Frauen in der Politik (wie Listenquotierung, Frauenlisten, Quoten für ausserparlamentarische Kommissionen und viele andere mehr) sind vorwiegend technische Massnahmen und verändern die gesellschaftlich bedingte Benachteiligung von Frauen nicht grundsätzlich. Dennoch ist eine rein numerische Erhöhung des

¹ Longchamp, C., Hardmeier, S.: Analyse der Nationalratswahlen 1991, Vox Nr. 43, Bern 1992. Stämpfli, R., Longchamp, C.: Wie wird die Zukunft weiblich? Frauenförderung bei Wahlen und darüber hinaus: Bestandaufnahme und Strategieformulierungen, in: SVPW-Jahrbuch Nr. 30, Bern 1990.

Frauenanteils, die „critical must of numbers“, die unabdingbare Voraussetzung für eine tatsächliche Gleichstellung der Frauen. Die qualitativen Veränderungen, „the critical must of issues“, werden erst nach einem gewissen Prozentsatz von Frauen in den politischen Behörden Fuss fassen können. Der politische Konsens stellt die grösste Hürde dar für eine effiziente Gleichstellungspolitik. Die technischen Instrumente sind schon seit einiger Zeit von engagierten WissenschaftlerInnen vorgestellt worden.² Mit einem Entscheid der Politiker und der Politikerinnen ist aber wohl noch eine Zeitlang nicht zu rechnen.

Motive für die Wahl von Frauen in politische Behörden

Feministinnen werden nie müde zu betonen, dass die Quantität (critical must of numbers)³ zwar einen ersten Schritt be-

² Longchamp, C.: Bonjour, Mesdames, Ein Nachwort zur Bundesrätin-Wahl von 1993, in: Duttweiler, C.: Adieu Monsieur, Zürich, 1993; Longchamp, C.: Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich (1971-1988), in: Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hrg.), Nehmen Sie Platz, Madame, Bern 1990; Stämpfli, R.: Women and Politics in Switzerland, in: Women and Politics Worldwide, Yale University Press, Ende 1993; Büro für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft, Stämpfli, R.: Von der Qual der Wahl zum Erfolg der Wahl, Eine Studie zu den Schwierigkeiten der Frauen in der Politik und zu internationalen und nationalen Frauenförderungsprogrammen, Liestal 1993.

³ Für einen internationalen Forschungsüberblick vgl. Dahlerup, D. (ed.): The new Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA, London 1986; Dahlerup, D. et al.: Unfinished Democracy, Oxford

Während bei den
letzten
Nationalrats-
wahlen jeder
zehnte männliche
Kandidat gute
Wahlchancen
hatte, war es bei
den Frauen nur
jede vierund-
zwanzigste.

deuten kann, aber noch lange nicht Qualität (critical must of issues), d.h. eine Feminisierung der politischen Macht, impliziert. Durch den stärkeren Einbezug von Frauen in die Politik, sei es durch die Parteien oder auch durch die Einrichtungen von Frauen-Gleichstellungsbüros, müssen Feministinnen damit leben lernen, dass oft Frauen von ihrem Einsatz profitieren, die sich nie oder kaum für eine frauenbewusste und frauenspezifische Politik eingesetzt haben. Diese Angewöhnung ist ein schmerzhafter Prozess und führt zu hässlichen Auseinandersetzungen zwischen sog. Alibi- und „richtigen“ Frauen.⁴ Deshalb ist es für mich wichtig, die Erwartungen an eine bessere Frauenvertretung in den politischen Gremien zu formulieren und in bestimmte Kategorien einzuordnen. In der Umfrage zur Studie „Nehmen Sie Platz, Madame“ konnte ich den Erwartungen und Einstellungen der Leute bezüglich der Motive, wieso Frauen in der Politik vermehrt vertreten sein sollten, nachgehen.⁵ Bei den Erstnennungen dominiert das Argument, dass es nur gerecht ist, wenn Frauen und Männer in der Politik zu gleichen Anteilen vertreten sind. An zweiter Stelle steht die Erwartung, dass Frauen in die Politik sollten, weil sie eine menschlichere, andere und umweltbewusstere Politik betreiben.

Folgende Konsequenzen ergeben sich daraus: Wann immer Frauen betonen, dass

die Gleichberechtigung und die Gleichstellung in der Schweiz noch nicht verwirklicht seien, dürfen sie mit einer breiten Zustimmung aller rechnen. Diese Zustimmung bleibt selbst dann bestehen, wenn die verschiedenen Ebenen der Diskriminierung der Frauen in der Politik, in der Wissenschaft, in den Parteien und in der beruflichen Hierarchie und Lohnungleichheit offengelegt und analysiert werden. Es ist klar, dass auch von der breiten Bevölkerung erkannt wird, dass ein Widerspruch zwischen dem theoretischen Anspruch an Gleichheit und verwirklichter Gleichberechtigung besteht.

Interessanter werden dann vor allem die Nennungen, wenn Frauen aus Gründen ihrer „menschlicheren, anderen und umweltbewussteren“ Politik in den politischen Gremien stärker vertreten sein sollten. Frauen werden in diesem Sinne als fortschrittlicher und menschlicher wahrgenommen, müssen indessen eigentliche Retterinnenfunktionen übernehmen. Wer sagt denn, dass eine menschlichere, andere und umweltbewusstere Politik von den meisten Menschen gefordert wird? Und wenn dem nicht so ist, können nicht genau diese Erwartungen und Vorurteile, Frauen den Einstieg über Wahlen erschweren?

Die Nennungen sind auch aus einem anderen Grunde interessant: Frauen werden mit „anderen“ (im Vergleich zu den Männern) Erwartungen und Ellen gemessen als Männer. Diese Ungleichheit wirkt zwar für die Frauen in moralischer Hinsicht schmeichelhaft, in der Realität aber diskriminierend. Die Erwartungen, dass Frauen die Politik zudem verändern sollen, können einerseits den Druck auf die kandidierenden Frauen verstärken, andererseits Frauen von vornherein für Wahlen ungeeignet erscheinen lassen. Da die Frauen in der Schweiz lange Zeit aus der Politik ferngehalten wurden, werden im Vergleich zu den Männern stets Unterschiede bezüglich politischem Anforderungsprofil, der Leistungsmotivation und dem Durchsetzungsvermögen festgestellt. Diese Unter-

**Feministinnen
müssen damit
leben, dass oft
Frauen von
ihrem Einsatz
profitieren, die
sich nie oder
kaum für
frauenspezifische
Politik eingesetzt
haben.**

1985; Jones, K.B.; Janosdottir, A. G. (ed.): *The Political Interests of Gender. Developing Theory and Research with a Feminist Face*, London 1988; Klein, E.: *Gender Politics*, Boston 1984; Lovenduski, J., Norris, P.: *Selecting women candidates. Obstacles to the feminisation of the House of Commons*, in: *European Journal of Political Research* 17 (1989); Skjeie, H.: *The Feminisation of Power: Norway's Political Experiment* (1986), Institute for Social Research, Oslo 1990.

⁴ Vgl. Appelt, E.: *Autonomie und Institutionalisierung, zwei konkurrierende politische Strategien*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2/91.

⁵ Stämpfli, R.: *Einstellungen zu Förderungsmassnahmen von Frauen bei Nationalratswahlen. Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung*, in: *Eidg. Kommission für Frauenfragen* (Hrg.), *Nehmen Sie Platz, Madame*, Bern 1990, S.193ff.

schiede sind in der Realität tatsächlich vorhanden, sie werden indessen nicht als einfache Tatsache hingenommen, sondern als Defizite der Frauen gegenüber den Männern betrachtet. Solange der traditionelle Mann in seiner Ernährer- und Karriererolle als Massstab dessen gilt, was in der Politik Erfolg verbuchen kann, sind die Erwartungen an politisierende Frauen anders, d.h. in ihrer Wirkung diskriminierend.

Eines ist allen

Feministinnen

gemeinsam: der

„andere“ oder

„bewusste“ Blick

auf die

Lebenswelten,

wie sie sich heute

Frauen

präsentieren.

Feministische Sicht: Möglichkeiten kollektiver Aktion

Wie steht es nun mit den Erwartungen an eine gerechte Frauenvertretung aus feministischer Sicht? Was versprechen sich die Feministinnen eigentlich von einer stärkeren Frauenvertretung in den politischen Gremien (nebst anderen Bereichen wie Gesellschaft, Wissenschaft und vor allem Wirtschaft, die hier nicht behandelt werden)? Welche Argumente sprechen für die Integration der Frauen in die Politik?

Kennzeichen des Feminismus ist die Alldimensionalität dieses Begriffes. Der Feminismus intendiert eine grundlegende Veränderung der Geschlechterbeziehungen und damit eine grundlegende Veränderung bestehender „Herr“schaftsformen. Der Feminismus ist kein ausgeformtes, in sich widerspruchsfreies Konzept, sondern eher ein Sammelbegriff für verschiedene weltanschauliche Strömungen innerhalb der Frauenbewegung. Welcher philosophischen Richtung innerhalb des Feminismus frau auch immer näher sein mag, eines ist allen Feministinnen gemeinsam: der „andere“ oder „bewusste“ Blick auf die Lebenswelten, wie sie sich heute Frauen präsentieren.

Anstelle der Definition feministischer Erwartungen an politisierende Frauen, die wiederum Frauen gegen Frauen ausspielen würde, weil (leider) nicht alle der endlich gewählten Frauen sich auch für frauenspezifische Belange einsetzen, möchte

ich die Möglichkeit gemeinsamer Interessen aller Frauen formulieren. Gemeinsame Interessen, die schliesslich eine Basis für ein gemeinsames politisches Vorgehen bilden könnten. Die Frage lautet hier: Gibt es Interessen, die eine geschlechtsspezifische kollektive Aktion hervorrufen, und gibt es eine direkte Verbindung zwischen dem objektiven Interesse einer Gruppe und der politischen Haltung?

Die bürgerliche Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre und bezahlter und unbezahlter Arbeit macht Frauen einander ähnlich bezüglich ihrer sozialen Position und ihrer sozialen Erwartungen. Dennoch, Unterschiede bestehen: Welche sozialen, politischen und ökonomischen Probleme werden von mir als Akademikerin mit einer Büroangestellten in einem unterbezahlten Bürojob denn wirklich geteilt? Welche gemeinsamen Probleme teilt eine alleinerziehende Mutter mit den „lebenslänglichen“ Hausfrauen?

Allen Frauen gemeinsam ist die einfache Tatsache, dass Frauen neben ihrer Arbeitskraft zugleich Gebärerinnen sind, d.h. einen „doppelten“ Gebrauchswert im marktwirtschaftlichen Sinne aufweisen.⁶ Vom Zeitpunkt der Geburt an formt die Kindererziehung den Ausgangspunkt für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Eine Teilung von Arbeitswelten, die sowohl innerhalb der privaten als auch der öffentlichen Sphäre ihren Einfluss hat. Die kollektive Wahl der Männer, an der Kinderbetreuung keinen Anteil (ausser der des Ernährers) zu übernehmen, prägt die Dominanz der Männer über die Frauen und verfestigt das Ungleichgewicht der Macht.

Während die Zeitspanne der Kinderbetreuung ständig kürzer wird und lange nicht alle Frauen Mütter werden oder sind, beeinflusst sie jedoch nachträglich die ge-

⁶ Mesmer, B.: Vom ‚Doppelten Gebrauchswert‘ der Frau — eine Einführung, in: Barben, M.L., Rytter, E. (Hrg.): Verflücht und zugenäht! Frauenberufsbildung, Frauenerwerbsarbeit 1888-1988, Zürich 1988.

schlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Die Auswirkungen dieser gesellschaftlich fixierten Rollenteilung für die betroffenen Frauen dauern wesentlich länger als die relativ kurze Zeitspanne der Kinderbetreuung und benachteiligen Frauen insgesamt. Kein Gesetz schreibt vor, dass Frauen Kinder betreuen sollen. In der Wirklichkeit indessen sind Frauen tatsächlich Objekte impliziter Rechtsvorstellungen, welche die Frauen an der Ausübung ihrer politischen Rechte einschränken.

Gemeinsames Interesse aller Frauen sollte aufgrund dieser Analyse eigentlich die Umverteilung der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Reproduktion und Produktion sein. Der biologische kleine Unterschied und seine grossen Folgen bildet also die Grundlage für das Bewusstsein eines gemeinsamen Interesses aller Frauen.

Es ist mir klar, dass selbst die Probleme, die eigentlich alle Frauen betreffen, selten in politische Themen umgewandelt werden können, bei denen alle Frauen kollektiv sich entweder dafür oder dagegen engagieren könnten. Die Diskriminierung der Frauen in unserer Gesellschaft wird von vielen Frauen im Bewusstsein nicht nachvollzogen. Den Frauen fehlt eine Gruppenidentifikation des gleichen Geschlechts. Oft ist es so, dass eine gemeinsame Ursache (geschlechtsspezifische Arbeitsteilung) der Diskriminierung desintegrierend wirken kann. Dies ist dann der Fall, wenn die gemeinsame Ursache der Diskriminierung eine Reihe von schlechten Wahlmöglichkeiten und fehlenden Alternativen bedeutet: Kinder oder Karriere. Diese erzwungene Wahl aus schlechten Prioritäten, die Kinder und Karriere von vornherein ausschliessen, behindert die Solidarisierung aller Frauen.

Ausblick

Die Gesellschaft ist im Wandel begriffen: Frauen wollen zunehmend politische und

wirtschaftliche Verantwortung übernehmen, und Männer werden in steigendem Masse zur praktischen und gefühlsmässigen Verantwortung für die Familie verpflichtet. Infolgedessen muss eine ausgewogene Verteilung der Zeit zwischen Unterhalts- und Betreuungsarbeit und der Zeit für das politische Engagement angestrebt werden. Der Mann oder die Männer dürfen nicht mehr Massstab dessen sein, was Frauen erreichen sollen, weil Frauen somit stets mit „Mängeln“ behaftet sind.

Das einzige Mittel – nebst den Rezepten, die die formellen Bedingungen zugunsten der Frauen verbessern können – ist die Akzeptanz der grossen allgemeinen Verunsicherung. Frauen und Männer sollen sich auf die Suche nach einer eigenen, rollenunabhängigeren Identität begeben. Diese Verunsicherung wird Prozesse auslösen, die das eigene Leben spannender, wenn auch nicht einfacher gestalten.

Diese private, individuelle Bedeutung der feministischen Theorie für die betroffenen Frauen und Männer ist nicht zu unterschätzen. Frauen leiden persönlich unter ihrer Wort- und Sprachlosigkeit – dies selbst in nicht-hierarchischen Gremien. Es braucht neben einer umfassenden Systemreform wohl zusätzliche Bedingungen, bevor die Frauen nicht mehr „die patriarchalen Werkzeuge haben und brauchen, um sich zum Werkzeug patriarchaler Kultur zu machen“, d.h. um überleben zu können.⁷

Regula Stämpfli, 31, ist Erwachsenenbildnerin und arbeitet als selbständige Politologin in Bern. Sie ist Mitglied der Redaktion der Roten Revue.

**Gemeinsames
Interesse aller
Frauen sollte
eigentlich die
Umverteilung der
bestehenden
geschlechts-
spezifischen
Arbeitsteilung
zwischen
Reproduktion
und Produktion
sein.**

⁷ Studienschwerpunkt „Frauenforschung“ am Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin (Hrg.), Mittäter-schaft und Entdeckungslust, Berlin, 1989, S.12.